Einzelnummer 10 Pfennig.

# Spandauer Zeitung

Bezugspreis: Wöchentlich 86 Pf. und 4 Pfennig für Botenlohn. Beim Bezuge durch die Postanstalten für den Monat 1,80 M. ausschl. Bestellgeld. — Im Falle von Betriebsstörung, Streik oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Druck u. Verlag: Stückrath & Co., Spandau. — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno H. Jahn, Wilmersdorf, für Lokales und den übrigen Teil Georg Eschenbach, für Anzeigen Bruno H. R. Sander, beide Spandau.

## General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

**Amtliches Organ**

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft — für staatliche und kommunale Behörden

**Erscheint täglich nachmittags**
mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Festtage.
Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Neuendorfer Straße 101.
Fernruf: Alle Anschlüsse unter Sammel-Nummer 4071.

**Regelmäßige Beilagen:**
Wöchentlich: „Spand. Illustr. Zeitung" — „Spand. Roman-Zeitung" — „Die Frau und ihre Welt" — „Der Kleinsiedler" „Reise u. Verkehr". 14 tägl.: „Die bunte Fachseite", „Film".

Anzeigenpreise: Die zehngesp. Kolonelzeile oder deren Raum 36 Pf., die dreigesp. Textzeile 1,80 M. — Platzvorschrift bedingt Sonderaufschlag. — Beilagengebühr 20 M. für das Tausend, Offertengebühr 30 Pf. — Keine Gewähr für Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen. — Etwaiger Preisnachlaß erlischt bei gerichtlicher Einziehung und Konkurs. — Gerichtsstand Spandau. — Bankkonten: D. D.-Bank, Depositen-Kasse Spandau; Spandauer Bank, Spandau. — Postscheck-Konto: Berlin NW. 7, Nr. 1707.

**Nummer 57.*** — **Mittwoch, 8. März 1933.** — **40. Jahrgang.**

## Und nun an die Arbeit!

**Außen- und innenpolitische Notwendigkeiten überstürzen sich.**

Von Franz Lehnhoff.

In wenigen Wochen versammelt sich der neugewählte Reichstag in der Potsdamer Garnisonkirche. Die Leistung, die das deutsche Schicksal von ihm fordert, ist eine unausweichliche Pflicht. In einer Zeit, in der selbst der Präsident der volkreichsten und mächtigsten Demokratie der Erde sein Amt mit der Ankündigung übernimmt, nur ohne Bindung durch einen schwerfälligen parlamentarischen Apparat durchgreifend und rasch zum Wohle des Ganzen handeln zu können, muß die Regierung Deutschlands erst recht schlagfähig sein. Die Unterlegenen des 5. März 1933 müssen sich vergegenwärtigen, daß jetzt ein handlungsfähiges Kabinett ungestört das Steuer handhabt, um uns alle, gestützt auf das Vertrauen einer klaren Mehrheit, aus dem klippenreichen, sturmbewegten Meer dieser Tage und dieser Zeit in ruhiges und sicheres Fahrwasser zu geleiten.

Der Amerikaner Roosevelt ist in der beneidenswerten, glücklichen Lage, die noch im wesentlichen unangetasteten riesenhaften natürlichen und finanziellen Hilfsquellen eines schwach bevölkerten Riesenreiches mit tausend unausgeschöpften Möglichkeiten im Schutze einer unangreifbaren Land-, See- und Luftmacht einzusetzen. Entblößt von allen finanziellen und sonstwie materiellen Kräften, belastet durch eine Sechsmillionenschar Erwerbsloser und ihrer Familien, für welche die noch erwerbstätige Bevölkerung infolge der Anspannung ihrer Opfermöglichkeiten bis zum Aeußersten kaum noch ein Jahr lang die bescheidensten Daseinsnotwendigkeiten beschaffen könnte, nimmt die Reichsregierung ihre gewaltige Arbeit in Angriff. Für die gegenwärtige Regierung gibt es im günstigsten Falle nur noch eine letzte seelische Kraftquelle. Das ist der gute Wille des gesamten Volkes unter ihrer Führung, unter Zurückstellung aller persönlichen Sonderheiten durch Nacht zum Licht zu marschieren; mitzudenken, mitzuhandeln für das Ganze, ohne dessen Rettung auch der einzelne unbedingt verloren ist.

Der Reichstagsbrand, der Wahlkampf und andere innenpolitische Ereignisse fesselten unseren Blick so vollständig, daß wichtigste außenpolitische, unmittelbar in unser Leben hineinschneidende Vorgänge uns gar nicht voll zum Bewußtsein kamen. Sie türmen aber dennoch neue Ungewißheiten, neue Hindernisse gegen einen deutschen Selbsterneuerungsmarsch auf und vermehren noch die Zahl der Riesenprobleme, deren Lösung die Regierung angreifen muß. In Genf droht nicht nur die Abrüstungskonferenz noch hoffnungsloser zu scheitern, als das in Deutschland bei nüchtern prüfenden Beurteilern schon immer angenommen worden ist, sondern es fügt sich dort unter Frankreichs Führung eine neue antideutsche Front zusammen, um mit dem Versailler Mittel der Gewalt die Unsicherheit des Deutschen Reiches und die Unfreiheit des deutschen Volkes zu befestigen. Der ewig hilflose Präsident der Abrüstungskonferenz, der englische Sozialist Henderson, erntet stürmischen Beifall, wenn er sein Präsidentenamt gegen die deutsche Vertretung herausfordernd mißbraucht. Schon in wenigen Tagen könnte die deutsche Regierung unter dem Zwange der Ereignisse genötigt sein, auf dem Genfer Schauplatz mit ihren besten Kräften handelnd einzugreifen. Sie will den Frieden. Aber sie kann ihn nicht erhalten, wenn die deutsche Sicherheit, der Schutz unserer Grenzen aus eigener Kraft, durch die drohende neue Verschleppung der Abrüstungsberatungen noch länger in Frage gestellt wird. Aus dem Kampf gegen das Versailler Faustrecht entwickelt sich über Nacht ein neues, schlimmeres Genfer Faustrecht, und der kommende Entscheidungskampf in Genf um die deutsche Sicherheit gestaltet sich vermutlich zu der ersten außen- und innenpolitischen Kraftprobe.

Das zweite ganz große, unser Eigenleben auf das engste berührende Ereignis ist der Zusammenbruch des amerikanischen Finanzgefüges. Das also ist die „Leistung" der großen Finanzkapitäne der Welt! Ein Trümmerfeld im eigenen Haus, so wie sie selbst es vor anderthalb Jahren in Deutschland bereiteten. Bankfeiertage! Wir kennen dieses Lied, das wir im Sommer 1931 unter dem Druck der Finanzmächte des Auslandes anstimmen mußten. Nun klingt dieser Grabgesang einer durch die Politik zugrunde gerichteten Wirtschaft auch jenseits des großen Wassers. Noch wissen wir nicht, ob der neue Präsident Manns genug ist, mit den bedeutendsten und — unfähigsten Großbankleitern der Welt fertig zu werden, die aus Eigennutz und Gedankenlosigkeit die Wirtschaft ihres Landes und sich selbst in den Abgrund stürzten. Aber das sind amerikanische Sorgen. Für uns tun sich wichtigere Fragen auf. Die Mark richtete sich bisher nach dem Dollar. Soll sie ihm angehängt bleiben? Soll Deutschland sich eigene Währungsgrundlagen schaffen? Das sind weitere, dringend nach Lösung rufende Fragen, deren Beantwortung mit dem Sein oder Nichtsein der einzelnen und der Gesamtheit verbunden bleibt. — Es ist für unser Volk ein Segen, daß in einer so entscheidungsreichen Zeit alle Möglichkeiten einer festen, kurssicheren Staatsführung gegeben scheinen. Wenn die neue Führung, der der größte Teil des deutschen Volkes das Vertrauen ausgesprochen hat, das Steuer fest in den Händen hält, können wir hoffen, uns den Aufstieg aus eigener Kraft zu sichern.

## Verfassungsänderndes Ermächtigungsgesetz.

**Reichstag zwischen dem 3. und 8. April.**

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung (der ersten Beratung nach den Wahlen vom 5. März) beschlossen, daß der neugewählte Reichstag in der Zeit vom 3. bis 8. April zusammentreten soll. Die feierliche Eröffnungssitzung findet, wie schon angekündigt, in der Potsdamer Garnisonkirche statt. Der Raum für die weiteren Tagungen des Parlaments steht noch nicht fest; die Garnisonkirche kommt dafür auf keinen Fall in Frage.

Die Hauptaufgabe des Reichstages wird nach dem Kabinettsbeschluß die Annahme eines Ermächtigungsgesetzes sein, das die Reichsregierung vorlegen wird. Das Gesetz soll die Möglichkeit geben, verfassungsändernde Gesetze zu erlassen. Es muß also infolgedessen mit Zweidrittelmehrheit im Reichstag angenommen werden. Dazu bedarf die Reichsregierung der Unterstützung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, die nach Lage der Dinge erwartet wird. Es ist nicht glaubhaft, daß die beiden Fraktionen sich dieser Hilfe für das Reichskabinett entziehen werden. Ebenso steht aber fest, daß die Reichsregierung die Zustimmung der beiden Parteien nicht etwa auf dem Wege über den früher üblichen Kuhhandel durch irgendwelche Zugeständnisse erkaufen wird. Die Fühlungnahme mit Zentrum und Bayerischer Volkspartei dürfte schon in den nächsten Tagen beginnen. Welchen Inhalt das Ermächtigungsgesetz haben wird und welche Vollmachten die Reichsregierung verlangt, steht noch nicht fest. Soviel jedoch dürfte aber sicher sein, daß das Gesetz wahrscheinlich allgemeinen Inhaltes sein wird und nicht auf einzelne verfassungsrechtliche Fragen beschränkt bleibt. Die Vollmacht, die das Kabinett verlangt, dürfte sehr weitgehender Art sein, da die Reichsregierung ja sich selbst eine vierjährige Frist gesetzt hat, um ihre Aufgaben durchführen zu können. Man nimmt in politischen Kreisen daher an, daß durch dieses Gesetz die Reichsregierung die Ermächtigung haben müßte, auf allen Gebieten neuordnend vorzugehen, das heißt, sowohl auf dem Gebiet des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern und in vielen anderen Fragen, die die Oeffentlichkeit in den letzten Jahren schon immer lebhaft beschäftigt haben.

Weiter ist als bedeutsamer Beschluß festzustellen, daß die Regierung sich entschlossen hat, die Propaganda- und Aufklärungstätigkeit in erhöhtem Maße fortzusetzen. Um sie einheitlich leiten zu können, wird eine Zentralstelle neu errichtet, über deren Einzelheiten in der heutigen Kabinettssitzung ganz allgemein gesprochen worden ist, über die personelle und sachliche Einzelheiten aber noch nicht feststehen. Es dürfte aber sicher sein, daß der nationalsozialistische Abg. Dr. Goebbels Leiter dieses Propagandaministeriums werden wird, das, wie wir schon meldeten, am 1. April mit der Auflösung der „Zentrale für Heimatdienst" in Erscheinung treten wird. Die sachlichen Aufgaben, die das neue Ministerium auszuführen haben wird, werden bis dahin geklärt sein. Dann wird sich der Reichskanzler selbst um die Organisation und die Zielsetzung gerade dieses Ministeriums kümmern.

Zuletzt wurde in der Kabinettssitzung darüber gesprochen, in den nächsten Tagen neue Verordnungen über landwirtschaftliche Fragen und Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit und Brot zu erlassen. Reichsinnenminister Dr. Frick berichtete dann noch über die Vorgänge in Lübeck, Bremen, Hamburg und Hessen, ohne daß es schon zu greifbaren Beschlüssen gekommen wäre. Es ist aber festzustellen, daß der militärische Ausnahmezustand nicht in Erwägung gezogen ist. Nur soviel steht fest, daß die Hamburger Regierung vor einigen Tagen um die Verhängung des Ausnahmezustandes über das Hamburger Freistaatgebiet gebeten hatte. Dieses Ersuchen wurde von der Regierung abgelehnt, da die dortige Polizei Herr der Lage und der militärische Ausnahmezustand darum nicht notwendig sei.

Ein Aufruf der Reichsregierung ist nicht mehr beabsichtigt. Er dürfte durch eine Rundfunkrede des Reichskanzlers, die im Laufe dieser Woche erfolgen soll, ersetzt werden. Die nächste Kabinettssitzung ist erst für Sonnabend vorgesehen. In ihr sollen landwirtschaftliche Fragen behandelt werden. Die Reichsregierung will die Woche zu internen Arbeiten benutzen, die vor allen Dingen der Vorbereitung des Propagandaministeriums gelten dürften. Dazu sind Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt, dem Finanzministerium, dem Reichsinnenministerium und dem Preußischen Kultusministerium notwendig.

Nachdem der Reichskanzler über die Lage, wie vorstehend gekennzeichnet, Bericht erstattet hatte, dankte Vizekanzler v. Papen dem Reichskanzler namens des Reichskabinettes für die ausgezeichnete Arbeit, die die Nationalsozialistische Partei für die Durchführung des Wahlkampfes geleistet habe. Reichsarbeitsminister Seldte schloß sich diesem Dank für die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" an.

•

In der politischen Erörterung über die gestrigen Verhandlungen des Reichskabinetts steht im Vordergrunde die Frage des Ermächtigungsgesetzes und die damit eng zusammenhängende Frage einer ⅔-Mehrheit für ein solches Gesetz. Ein Ermächtigungsgesetz, das der Reichsregierung nicht grundsätzlich auch das Recht gibt, verfassungsändernde Anordnungen zu treffen, ist nach Auffassung der der Regierung nahestehenden politischen Kreise völlig unzulänglich. Wenn auf seiten der Opposition angesichts der absoluten Regierungsmehrheit im neuen Parlament die Auffassung vertreten wird, die Regierung könne mit dieser Mehrheit jedes normale Gesetz durchbringen, und man habe angenommen, daß auf die Einbringung eines Ermächtigungsgesetzes verzichtet würde, so wird dem entgegengehalten, daß eine stabile und stetige Regierungsarbeit umgehend eine ganze Reihe von Maßnahmen bedingt, die nicht erst in langwierigen und langatmigen parlamentarischen Verhandlungen hingezögert werden können. Dabei wird es auch unvermeidlich sein, Aufgaben in Angriff zu nehmen, zu deren Voraussetzungen verfassungsändernde Bestimmungen gehören. Vor allem werden die notwendigen umfangreichen Maßnahmen zum Wiederaufbau der Wirtschaft und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und all die damit im Zusammenhang stehenden Probleme eine wesentliche Rolle spielen.

Die offenkundige Notwendigkeit einer ⅔-Mehrheit für die geforderten Vollmachten kommt in ihrer politischen Bedeutung darin zum Ausdruck, daß in irgendeiner Form an das Zentrum und die Bayerische Volkspartei herangetreten werden muß, da zahlenmäßig ohne diese Gruppe eine ⅔-Mehrheit für die Regierung nicht gegeben ist. Eine Entscheidung der beiden Parteien ist natürlich noch nicht gefallen, aber angesichts des baldigen Reichstagszusammentritts dürften die nächsten Tage schon Klarheit geben.

## General Tangyulin ermordet.

**Tokio**, 8. März. Aus Tschintschau trifft die Nachricht ein, daß General Tangyulin, der Jehol aufgegeben und sich deswegen den Unwillen ganz Chinas zugezogen hatte, in Hsifengkau von Soldaten Tschang Hsueliangs ermordet worden sei.

### Tschang Hsueliang legt den Oberbefehl nieder.

**Peking**, 8. März. (Reuter). Der Oberbefehlshaber der chinesischen Streitkräfte im Norden, Marschall Tschang Hsueliang, ist zurückgetreten. 30 000 Mann seiner Truppen führten bei Nupeikau ein verzweifeltes Rückzugsgefecht und verteidigten dort einen der wichtigsten Pässe nach Nordchina. Der Marschall ist auch Mitglied des zentralen politischen Rates.

## Staatliche Notzertifikate in Amerika.

**New York**, 8. März. Die gesetzgebenden Körperschaften des Staates New York haben eine Gesetzesvorlage über die Errichtung einer staatlichen Gesellschaft zwecks Ausgabe von Notzertifikaten angenommen.

Die New Yorker Bundesreservebank ist vom Schatzamt zur Ausgabe neuer Bundesreservenoten ermächtigt worden. Die Mitgliedsbanken müssen hiergegen ihre Bestände an Gold und an Goldzertifikaten abliefern. Die Höchstgrenze der Zuteilung soll auf 150 v. H. der liquiden Aktiva der finanziell gesunden Institute festgesetzt werden. Die übrigen Bundesreservebanken haben gleichfalls diesbezügliche Maßnahmen getroffen.

## Polen dreht den Spieß um!

**Danzig**, 8. März. Die polnische Regierung hat am Dienstag an den Kommissar des Völkerbundes in Danzig folgenden Antrag gestellt: Die polnische Regierung bittet, zu entscheiden, daß die vom Senat der Freien Stadt Danzig am 15. Februar d. J. in der Angelegenheit der Hilfspolizei ergriffene einseitige Maßnahme eine action directe darstelle und unverzüglich aufgehoben werden müsse.